



Alternativantrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP**

zu „Besserer Schutz von Demokrat*innen gegen rechtsextreme Bedrohungen“ (Drucksache 19/1605)

Rechtsextreme Bedrohungen bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Sicherheitsbehörden mit Sachmitteln und Personal zukünftig so aufgestellt werden müssen, dass Gefährdungen durch rechtsextremistische Netzwerke und Strukturen sowie rechtsextremistische Gewalt bis hin zu terroristischer Bedrohung noch stärker in den Blick genommen werden können.

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sind aufeinander abgestimmt so aufzustellen, dass sie auch extremistische Bestrebungen im Netz schneller aufspüren können. Der Landtag begrüßt daher die geplante Neuorganisation des Verfassungsschutzes durch die Landesregierung mit zwölf Spezialisten, die extremistische Bestrebungen im Netz schneller aufspüren sollen.

Die Landesregierung wird gebeten, rechtsextreme Bedrohungen weiterhin konsequent zu bekämpfen und Betroffenen den Zugang zu Informationen, Beratung und Schutz zu erleichtern. Ziel ist es, menschenfeindliche Bedrohungen, Hass und Hetze frühzeitig zu erkennen, zu ermitteln und zu bekämpfen und Betroffene in der Bewältigung von Bedrohungssituationen zu unterstützen.

Das bedeutet, dass der Zugang zu den zuständigen Behörden weiter vereinfacht wird. Die - zum Beispiel durch sogenannte „Feindeslisten“ - gefährdeten Personen sind zu informieren, auch über zivilgesellschaftliche Angebote zu beraten und zu schützen.

Der Landtag begrüßt darüber hinaus das Verfahren auf Bundesebene, nach dem ein schnelles Verbot der militanten neonazistischen Organisation „Combat 18 Deutschland“ geprüft wird, die als bewaffneter Arm des im Jahr 2000 verbotenen Neonazi Netzwerks „Blood and Honour“ gilt.

Tim Brockmann
und Fraktion

Lasse Petersdotter
und Fraktion

Jan Marcus Rossa
und Fraktion